



Streiten gegen Leitung

BAD GANDERSHEIM (fb) – Sie wollen gemeinsam gegen die geplante 380-Kilovolt-Höchstspannungsleitung des Stromkonzerns Eon aktiv werden: Erstmals treffen sich Bürgerinitiativen aus der Region am kommenden Dienstag, 8. Mai, um 19 Uhr im Bad Gandersheimer Kurhaus zu einer gemeinsamen Veranstaltung. „Schließen wir uns zusammen, gemeinsam sind wir stark“, heißt es in einem Aufruf. Zu dem Treffen ist jeder interessierte Bürger eingeladen. „Kommt zahlreich und dokumentiert unsere Stärke.“ **Seite 4**

Streit-Leitung

Fortsetzung von Seite 1

LANDKREIS NORTHEIM

(fb) – „Die Bürgerinitiativen müssen zusammenwachsen, nur dann kann ein breiter Protest entstehen“, sagt Norbert Braun aus Dannhausen. Zusammen mit dem Ortsvorsteher des Bad Gandersheimer Ortsteils, Harald Hausmann, ruft Braun zu einem Treffen der Bürgerinitiativen (BI) entlang der geplanten 380-kV-Trasse auf. Eine der vom Stromkonzern Eon geplanten Varianten der Höchstspannungsleitung von Wahle im Kreis Peine ins hessische Mecklar führt direkt durch Dannhausen unweit der A 7. Am kommenden Dienstag, 8. Mai, ab 19 Uhr werden im Kurhaus Bad Gandersheim Vertreter der BI „Vorsicht Höchstspannung“ aus dem Kreis Diepholz berichten, die bereits seit drei Jahren gegen neue Freileitungen von Eon Widerstand leisten. Von ihr wird als Alternative eine Erdverlegung der Stromleitung in die Diskussion gebracht: 380 kV – ab in die Erde. Auch um Auswirkungen einer Freileitung auf die Gesundheit wird es bei der Veranstaltung in Bad Gandersheim gehen. Erwartet werden zu dem Treffen im Kurhaus Menschen aus allen betroffenen Orten im Landkreis Northeim entlang der verschiedenen Planungsstrassen von Eon. Dadurch,

dass die Leitung nicht im Landes-Raumordnungsprogramm festgeschrieben werde, sei lediglich Zeit gewonnen. Braun: „Wir müssen die Initiativen jetzt vernetzen.“ Denn bei dem erwarteten Raumordnungsverfahren gelte es dann, die Meinungen der Bürger zu artikulieren: „Jetzt geht es erst richtig los.“

Die Liberalen nutzten das Thema in dieser Woche zur parteipolitischen Profilierung: Der FDP-Kreisvorsitzende Christian Grascha (Einbeck) hat CDU und SPD vorgeworfen, sie betrieben „ein falsches Spiel“ in der Frage der möglichen Erdverkabelung als Alternative zur geplanten Freileitungstrasse. Auf Landesebene und in den Kommunen forderten die Vertreter beider Parteien populistisch eine Erdverkabelung, erklärte Grascha. Gleichzeitig verhinderten aber die Regierungsfractionen CDU und SPD in Berlin, dass das Energiewirtschaftsgesetz so geändert wird, das eine Erdverkabelung trotz höherer Kosten genehmigt werden könne. Der FDP-Chef in Richtung CDU und SPD im Landkreis: „Sagen Sie endlich den betroffenen Bürgern in unserem Landkreis die Wahrheit, und bringen Sie Ihre Berliner Kollegen dazu, das Gesetz doch noch zu ändern.“